

# AL Info<sup>3</sup> / 25

3 Im Interview erklärt Susan Wiget, weshalb sie die Nachfolge von Patrik Maillard im Gemeinderat antritt und was ihr im Hinblick auf ihre parlamentarische Tätigkeit besonders wichtig ist.

4/5 Die Verteidigung der Grundrechte ist ein Kernanliegen der AL. Lisa Letnansky, Manuela Schiller und Moritz Bögli beleuchten Facetten der politischen Auseinandersetzungen.

8 Weshalb Sans-Papiers ein irreführender Begriff ist, welche Rechte vermeintlich «papierlosen» Menschen zustehen und wie diese zunehmend unter Druck geraten, zeigt Arzt und Aktivist David Winizki.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## Mehr AL für die Stadt

«Wir haben die seltsame Kraft, Tatsachen durch die Kraft der Einbildung zu verändern.» Virginia Woolf

Kürzlich habe ich Virginia Woolfs feministischen Essay *Three Guineas* gelesen. In ihren Werken beschäftigt sie sich mit der Rolle der Frau und Frauenfeindlichkeit in der Gesellschaft. Ihre Gedanken sind von bestechender Klarheit, zeitlos visionär, kraft- und mutvoll. «Einbildung» kann ein Eindruck sein, der nichts mit der Realität zu tun hat. Sie kann aber auch ein Bild sein, eine Vision. Mit einer Vision, einem Bild und der Kraft unseres gemeinsamen politischen Schaffens erreichen wir Veränderungen und rütteln an «Tatsachen», die wir nicht akzeptieren können.

### An den Tatsachen rütteln!

Der erste Schritt ist, die Realität zu benennen – die Realität in unserer Stadt, in einem wohlhabenden, konservativen Land, in einer westlichen Demokratie:

- Unsere Stadtregierung setzt auf Wachstum und Freundlichkeit gegenüber Grossinvestoren. Zürich wird gentrifiziert und verliert seine soziale Durchmischung. Geringverdienende haben keinen Platz mehr;

- Ressourcen – bei den Firmengewinnen, bei Lohn- und Carearbeit, beim Wohnraum – sind ungerecht verteilt;

- Mit unserem grossen ökologischen Fussabdruck leben wir auf Kosten ärmerer Menschen und auf Kosten unseres Planeten. In der Stadt beeinträchtigen Hitzeperioden unsere Lebensqualität;

- Weltweit sind zentrale Grundrechte – Geschlechtergerechtigkeit, körperliche Integrität, Meinungsfreiheit usw. – unter Beschuss;

- Kriege und das damit verbundene menschliche Leid erzeugen ein Gefühl von Ohnmacht.

Wollen wir das hinnehmen? Nein! Wir brauchen eine echte Alternative. Mit «Einbildung» und Vision, auch im Stadtrat.

### Gerechte Ressourcenverteilung

Meine Vision einer Caring Community oder sorgenden Gemeinschaft steht für das Bild einer inklusiven Gesellschaft mit starkem sozialem Zusammenhalt. Sie zeichnet sich durch gemeinschaftliche Verantwortung und gegenseitige Unterstützung aus. Damit diese Vision Gestalt annimmt, benötigen wir eine gerechte Ressourcenverteilung. Sie ist der Schlüssel zu allem: zu bezahlbarem Wohnraum, zu gerechter Besteuerung, zu fairen Löhnen, usw.

### Bezahlbares Wohnen zuvorderst

Als Stadträtin werde ich zuvorderst für bezahlbare Mieten kämpfen. Mit der anstehenden Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) will der Stadtrat in vielen Quartieren erlauben, dichter und höher zu bauen. Die AL bietet nur Hand dazu, wenn im Gegenzug dringend benötigte preisgünstige Wohnungen erstellt werden. Unsere Initiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben» verlangt, dass bei grösseren Überbauungen alle Wohnungen, die dank einer Aufzoning in der BZO zusätzlich ermöglicht werden, dauerhaft preisgünstig sind.

### Gesundheit: Service Public für alle

Die Gesundheitsversorgung muss als Service Public für alle zugänglich sein. Finanzielle Verhältnisse oder mangelnde Sprachkenntnisse dürfen kein Hindernis

für eine adäquate Behandlung sein. Hier hat die AL-Fraktion einiges angestossen: Pilotprojekte zur gesundheitlichen Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung und für einen Übersetzungsdienst in den Spitälern zum Abbau sprachlicher Barrieren sind angelaufen; Gesundheitskioske als Anlaufstellen für niederschwellige Gesundheitsberatung und die Anstellung pflegender Angehöriger bei gemeinnützigen Organisationen mit städtischem Leistungsauftrag sind in Prüfung. Löhne und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals müssen verbessert werden, bei der Umsetzung der Pflegeinitiative müssen wir einen Zacken zulegen. Es gibt noch viel zu tun!

### Faire Steuern

Last but not least geht es auch um die Ressourcen der öffentlichen Hand. Soeben hat die AL in einer Mitte-Links-Koalition eine Senkung der Unternehmenssteuern verhindert. Dem geplanten Raubzug des Kantons auf einen Viertel der städtischen Grundstückgewinnsteuern habe ich den Kampf angesagt. Und Steuerprivilegien für Superreiche – Stichwort Dividenden-Steuererlass – werden wir weiterhin nicht hinnehmen.

### Für ein sozial gerechtes Zürich

Jetzt entscheiden wir, wie es mit Zürich weitergeht. Gemeinsam können wir erreichen, was der Linken in Deutschland auf Bundesebene und der KPÖ in grossen Städten Österreichs gelungen ist. Wir verteidigen unsere Werte und schaffen die Grundlagen für ein sozial gerechtes Zürich, für ein vielseitiges Zürich!

**Tanja Maag, Gemeinderätin und Stadtratskandidatin AL**

## Parolen

Aufgrund der Sommerferien werden die AL-Parolen für die Abstimmungen vom 28. September an der Vollversammlung Ende August gefasst. Danach sind alle Parolen einsehbar unter [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch).

## Termine

**Freitag 22. und Samstag 23. August:** AL-Bar am Röntgenplatzfest, 8005 Zürich.

**Samstag 23. August, 10 Uhr:** Workshop Finalisierung AL-Wahlprogramm, Werkraum GZ Schindlergut, Kronenstrasse 12, 8006 Zürich. Anmeldung via AL-Website.

**Dienstag 26. August, 19 Uhr:** AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi, Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich

**Donnerstag 28. August, 19 Uhr:** Treffen der AL-Gesundheitsgruppe, AL-Sekretariat, Molkenstrasse 21, 8004 Zürich

**Montag 1. September, 19 Uhr:** Treffen der AG Wohnen und Raumplanung im Kreis 4.

**Dienstag 30. September, 19 Uhr:** AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi, Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Website unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)  
**Sekretariat** Amina Arn, Christian Caspar, Molkenstr. 21, 8004 Zürich  
 sekretariat@al-zh.ch  
 Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19  
**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich  
**Auflage/Druck** 1800 Ex., Oesch Reliefdruck AG  
**Layout** Amina Arn, Christian Caspar  
**Redaktion** Amina Arn, Christian Caspar, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

## Danke Päd!

Ein «alter» Punk ist unangepasst, unerschütterlich, misstrauisch gegenüber Autoritäten. All das findet sich in Päd's Persönlichkeit – und lässt erahnen, wo seine Wurzeln liegen. Institutionelle Politik? Dem jugendlichen Päd wären wohl die Haare zu Berge gestanden, nur schon beim Gedanken daran.

Umso besser für die AL und für die Zürcher:innen, dass er 2019 die Möglichkeit, in den Gemeinderat nachzurücken, nicht an sich vorbeiziehen liess. Päd trat in die Fussstapfen von Rosa Maino und vertritt seither die AL-Wählerschaft des Kreises 6.

Päd's Sinn für Gerechtigkeit, sein konsequentes Engagement für geflüchtete Menschen, für die Arbeitenden in Schichtbetrieben und mit körperlich herausfordernden Tätigkeiten ist bewundernswert. Päd weiss aus eigener langjähriger und vielfältiger Erfahrung auf dem Bau, in der Küche usw., dass der Körper gewisse Arbeiten nicht bis zum letzten Tag vor der Pensionierung zulässt. Er hat darum selbst nochmals einen neuen beruflichen Weg eingeschlagen. Als Sprachkursleiter im Integrationsbereich kommt ihm sein Wissen aus seiner journalistischen Arbeit bei der WOZ zugute.

Päd's Karriere im Gemeinderat startet in der Sachkommission des Präsidial- und Sportdepartements. Sein Anliegen war es, dass in Zürich nicht nur kulturelle «Leuchtturmprojekte» ermöglicht werden. In den Jahren in der Sachkommission des Finanzdepartements (SK FD) hat er sich vor allem im Bereich Wohnen engagiert. Seine Expertise wird uns fehlen. Eines seiner Steckenpferde war die Forderung nach mehr subventioniertem Wohnraum. Päd selbst wird die



Päd und Nachfolgerin Susan Wiget (Bild: David Garcia Nuñez)

gute Diskussionskultur in der SK FD vermissen. Diese hat er sehr geschätzt, auch wenn ihm ein:e politische:r Gegner:in gegenüber sass. Damit Rot-Grün nicht einfach durchregieren kann, hat er auch ungewöhnliche Allianzen geschmiedet

Ich habe Päd als Mensch und Politiker kennen- und schätzen gelernt. Wir haben in den letzten zwei Jahren bei Wohnthemen zuweilen eng zusammengearbeitet. Päd ist zuverlässig, kämpferisch und ein lustiger Sitznachbar, der harzige Parlamentsabende mit Humor verkürzt – mit kernigen Voten und seinen legendären selbstkreierten Wortkombinationen.

Päd freut sich, dass er sich nicht mehr mit «Parkplätzen und Laubbläsern» auseinandersetzen muss und stattdessen wieder mehr Zeit für ausenparlamentarische Engagements hat. Wir dürfen weiterhin auf ihn als kämpferischen Mitstreiter gegen die Wohnungsnot in unserer Stadt zählen. Ich freue mich, ihn im AL-Umfeld wiederzusehen Und natürlich freue ich mich auch, ihm als Freund an einem Konzert oder sonst wo zu begegnen.

**Tanja Maag,**  
AL-Gemeinderätin

## Personelles

**Vorstand:** Daniel Gnägi wurde neu in den AL-Vorstand gewählt. Die GV bestätigte zudem Christian Häberli, David Garcia Nuñez, Judith Stofer, Nicole Wyss, Roman Hugentobler und Walter Angst. Andrea Leitner und Michael Schmid traten nicht mehr an.

**Gemeinderat:** Susan Wiget übernimmt nach dem Rücktritt von Patrik Maillard nach der Sommerpause das Gemeinderatsmandat im Kreis 6 (siehe Würdigung oben und Interview auf Seite 3). Tanja Maag gibt ihr Amt als Co-Präsidentin der

Gemeinderatsfraktion im Hinblick auf die Stadtratswahl ab. Ihre Nachfolge tritt Sophie Blaser an. Gemeinsam mit David Garcia Nuñez übernimmt sie nach der Sommerpause das Fraktionspräsidium.

**Weitere Mandate:** José Krause wurde vom Kantonsrat als Verwaltungsrichter bestätigt. Neu als Oberrichterin gewählt wurde Karin Graf, bisher Bezirksrichterin. Heidi Bernard tritt nach ihrer Tätigkeit seit 2019 in der Kreisschulbehörde Uto zurück. Ihre Nachfolge übernimmt Monique Honegger.

## «Widerstand lohnt sich»

**Susan Wiget, neue AL-Gemeinderätin: ein Gespräch über Politisierung, Arbeit, Frauenfussball und den Kampf um die Wohnung.**

**Aufgewachsen bist du im Säuliamt, gingst dann ab 14 ans Gymnasium in Wiedikon. Seit gut 25 Jahren wohnst du in der Stadt, Nähe des Rigiplatzes.** Ja, ich war bis 14 ein richtiges Landei, ich war im Turnverein, machte Leichtathletik. Ich hätte gerne auch Fussball gespielt, das war damals für Mädchen noch unmöglich. Zuerst wollte ich nicht in die Stadt, fand es dann aber vom ersten Tag an grossartig. Und die Schule mit ihren Alt-68er-Lehrpersonen, die uns langweilig und gar nicht revolutionär fanden, die hat mich sicher auch geprägt. Dann nahm mich ein Kollege einmal auf den Platzspitz mit, um seinem Bruder Samichlaus-Nüssli vorbeizubringen, – all die Junkies und das Ausmass der Misere, das hat sich bei mir eingebrannt.

**Haben dich diese Erfahrungen politisiert?**

Meine Peergroup war nicht aktiv politisch. Eine soziale Haltung hatte ich hingegen von früh an: dass man schauen muss, dass es allen gut geht. Meine allererste Demo war eine Frauendemo. Ich erinnere mich noch, wie wir Jungen uns etwas schämten, mit all diesen alten Wolle-Bast-Frauen mitzulaufen.

**Warum willst du für die AL in die Gemeindepolitik?**

Weil ich immer schon klar links war – was sonst? Die SP ist sicher wichtig, ist mir aber zu gross und hat teils elitäre Züge. Grün bin ich zu wenig. Wichtig ist mir ein dogmenfreies Denken, das ist in der AL möglich. Definitiv überzeugt haben mich die Fraktionsmitglieder: alle total sympathisch, ein cooles, lebhaftes Gemisch aus unterschiedlichen privaten und beruflichen Hintergründen.

**Du hast Soziale Arbeit studiert und leitest heute verschiedene Arbeitsintegrationsprojekte.**

Das mache ich seit rund sieben Jahren. Vorher war ich in direktem Kontakt mit den Jugendlichen. Sozialarbeit hört sich nach Bubble an, aber das stimmt in meinem Umfeld nicht. Ich arbeite mit vielen unterschiedlichen Menschen zusammen: Verkäufer:innen, Handwerker:innen, Köch:innen, Lehrpersonen, Leute aus der Gastronomie usw. Der Job wäre mir sonst schon lange verleidet. Jedenfalls liebe ich meine Arbeit. Wahrscheinlich auch dank der Mischung aus Freiheit und Verantwortung.

**Und zur Erholung spielst du dann Fussball!**

Ja, wenn ich nicht snowboarden gehe und in den Bergen bin. Ich war zehn Jahre lang Co-Leiterin der Frauenliga des Fortschrittlichen Schweizer Fussballverbands (FSFV), wie sie bis 2022 noch hiess. Ich habe vor über 20 Jahren ein Frauenteam gegründet, in dem ich heute noch spiele. Fussball kann viel! Die Frauen-EM hat das auch gerade wieder gezeigt. Wer hätte gedacht, dass diese EM zu einem solchen Hype würde? Gleichzeitig fragt man sich, warum erst jetzt.

**Du warst an den Public Viewings im Bogen F häufig anzutreffen!**

Mit dem Bogen F habe ich, seit es die Location gibt, beruflich immer zu tun gehabt. Ich habe das Public Viewing initiiert und mitorganisiert, inklusive Rahmenprogramm.

**Vor einem Jahr schrieben Beobachter und Republik über dich und die sogenannte «Ertragsoptimierungskündigung», die du, deine Mitbewohnerin und neun weitere Mietparteien überraschend kassiert hatten. Der Fall ging durch vier Instanzen bis ans Bundesgericht. Dass du das als einzige über drei Jahre durchgehalten und dann Recht bekommen hast, macht dich zu einer Mietrecht-Kampfheldin!**

Ich habe das tatsächlich als wohnpolitische Aktion durchgezogen. Ausserdem bin ich beim Mieterverband und hatte mit Peter Nideröst einen sehr erfahrenen Anwalt. Was nicht heisst, dass ich in der Prozesszeit gut geschlafen hätte. Auch war mein Gefühl, ein festes Zuhause zu haben, starken Schwankungen ausgesetzt. Natürlich hoffe ich jetzt, dass unser Erfolg zu einer Verbesserung des Mieterinnen- und Mieterschutzes beiträgt ...

**Aber?**

Schön wäre gewesen, hätten mehr Mieter:innen durchgehalten, dann gäbe es im Haus noch mehr bezahlbare Wohnungen. Die Hausbesitzerin hat eigentlich erreicht, was sie wollte – sie macht Rendite: Die Neuen zahlen eine überrissene Miete, trauen sich nicht, diese anzufechten, ziehen wieder aus, und die nächsten zahlen noch mehr. Was man trotzdem lernen kann: Der Schutz der Allgemeinheit vor den Irren mit zu viel Geld muss verbessert werden und man erreicht nur etwas, wenn man sich wehrt.

**Interview: Andrea Leitner, Redaktionsmitglied**

## AL-Kulturtipps:



**Amina Arn empfiehlt «Daily Soap» von Nora Osagiobare, Kein & Aber, 978-3-0369-5062-4.** Anders als der Titel vielleicht vermuten lässt, serviert uns Nora

Osagiobare alles andere als seichte Unterhaltung. Schonungslos und höchst amüsant seziert sie die Zürcher Schickeria – und macht auch vor der linken Szene nicht halt. Kompetent beschreibt sie in ihrem Roman die zerstörerischen Wirkmechanismen von Rassismus – und schafft es dabei, ihre Geschichte so humorvoll wie klug zu erzählen. Das gelingt wohl nur derjenigen, die gelernt hat, den eigenen Rassismuserfahrungen mit genau dieser Mischung aus Witz und Scharfsinn zu begegnen. Spoiler-Alert: In diversen Fussnoten ergründet Nora Osagiobare auch Alltagsphänomene wie das Zürcher Alltags-Wehwehchen «Das Wetter» oder das problematische Gericht «Riz Casimir» – LOL-Garantie inklusive.



**Christian Caspar empfiehlt «Recht brechen» von Samira Akbarian, C.H. Beck, 978-3-406-82336-7.** Die Rechtswissenschaftlerin Samira Akbarian entwickelt

eine innovative Theorie des zivilen Ungehorsams. Sie schreibt dem Phänomen dabei drei Funktionen zu: die rechtsstaatliche zielt auf eine bestimmte Interpretation der bestehenden Verfassung ab, die ethische verweist auf Widersprüche zwischen Recht und individuellen moralischen Überzeugungen und die demokratische hinterfragt die Gerechtigkeitsvorstellungen einer Gesellschaft. Insbesondere Letzteres ist instruktiv: Demokratische Erneuerung erfordert die Dekonstruktion etablierter Interpretationen, in deren Zuge der Zugang zu Politik und Diskursen reflektiert und auf der Folie der demokratischen Prinzipien Freiheit und Gleichheit kritisiert werden kann. Ziviler Ungehorsam verursacht dann Störung und Verunsicherung. Und das muss eine lebendige Demokratie nicht nur aushalten – sie ist darauf angewiesen!

## AL-Vorstösse zu Grundrechten

### Gemeinderat

**2022-2025:** Mehr als ein Dutzend schriftliche Anfragen, u.a. zu folgenden Themen: Polizeieinsätze am 1. Mai, an der Frauendemo vom 8. März, an der Uni Zürich; Auswärtseinsätze Stapo; Gesichtserkennungs-Software, DNA-Profile; Sektorsperre der Südkurve, Einkesselung von GC-Fans; Hate-Speech im Internet, Rassismus bei VBZ; Situation in AOZ-Kollektivunterkunft Triemli.

**17. April 2024:** AL-Motion für Freigabe politischer Demonstrationen auf Sechseläutenplatz. Stadtrat lehnt ab. Noch nicht behandelt.

**19. Juni 2024:** Parl. Initiative AL für Quittungen bei Polizeikontrollen abgelehnt wg. fehlender Rechtsgrundlage.

**3. Juli 2024:** Motion AL-Grüne für Meldeverfahren bei Demos sistiert wg. Umsetzung Anti-Chaoten-Initiative.

**13. November 2024:** Postulat Bögli/Maillard gegen unterirdische Asylunterkünfte überwiesen.

**4. Juni 2025:** Gemeinderat setzt Motion Bögli (AL)/Maggi (Grüne) um und beschliesst mit 69 zu 49 Stimmen Anpassung Polizeiverordnung: Teilnahme an unbewilligten Demos bleibt künftig ohne Busse.

### Kantonsrat

**2023-2025:** Zahlreiche schriftliche Anfragen, u.a. zu folgenden Themen: Zwangsausschaffungen nach Irak und Eritrea, Ausschaffung psychisch kranker Geflüchteter, Kritik an privaten Sicherheitsfirmen im Asylbereich, Situation von Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe, psychiatrische Versorgung im Ausschaffungsgefängnis Kloten; Einsätze der Kantonspolizei am 1. Mai und an der Uni Zürich; Einreisesperre und Ausweisung eines pro-palästinensischen Aktivisten; Einsatz von KI zur Personen-Identifikation, Speicherung und Löschung polizeilicher Foto- und Filmaufnahmen, Überwachungsmassnahmen (Antennensuchläufe) im Kanton Zürich; Saisonier-Akten der Fremdenpolizei.

**24. Februar 2025:** Postulat von Lisa Letnansky für einen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken an die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 einstimmig überwiesen.

**16. April 2025:** Regierungsrat beantragt einen Rahmenkredit von 20 Mio Franken für die Umsetzung des Postulats Letnansky. Weisung in Beratung.

# Wer schützt uns vor den Wächtern?

**Es sind gefährliche Zeiten für unsere Grundrechte – auch wenn sie nicht von heute auf morgen verschwinden, sondern schleichend ausgehöhlt werden.**

Die aktuelle Revision des Zürcher Polizeigesetzes mag auf den ersten Blick wie eine technische Anpassung an eine zunehmend digitalisierte Welt wirken. In Wahrheit geht es um etwas viel Fundamentaleres: den Schutz der Freiheit des Einzelnen vor dem Zugriff eines immer mächtigeren Staates.

Die Polizei hat das Gewaltmonopol – und in weiten Teilen auch das Überwachungsmonopol. Beides ist notwendig, um in einem demokratischen Rechtsstaat Sicherheit zu garantieren. Doch dieses Monopol muss engmaschig kontrolliert, demokratisch legitimiert und klar begrenzt werden. Besonders dann, wenn es sich – wie jetzt – auf neue Räume ausweiten soll.

**Digitaler Raum: weder rechtsfrei noch überwacht**

Kriminalität verlagert sich zunehmend ins Internet. Organisierte Banden, Menschenhandel, Kindsmisbrauch, Hassrede: Wer meint, man könne diesen Entwicklungen mit einem Polizeigesetz aus dem 20. Jahrhundert begegnen, verkennt die Realität. Die Polizei braucht auch im digitalen Raum Handlungsmöglichkeiten, um Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen.

Aber: Mehr Kompetenzen bedeuten immer auch mehr Verantwortung – und mehr Missbrauchspotenzial. Die digitale Überwachung ist nicht nur besonders eingriffsintensiv, sie ist auch besonders intransparent. Wer weiss schon, ob und wann er oder sie im Netz beobachtet wird? Welche Daten werden gespeichert? Wie lange? Wer hat Zugriff?

**Einmal eingeführt, kaum wegzubringen**

Sicherheitsdirektor Mario Fehr verfolgt mit der Revision eine massive Ausweitung der digitalen Überwachungskompetenzen der Polizei. Den ersten Entwurf musste er nach dem Urteil des Bundesgerichts zum Luzerner Polizeigesetz zurückziehen. Dieses hatte zentrale Punkte für verfassungswidrig erklärt – ein deutliches Warnsignal auch für Zürich. Der zweite Entwurf wurde stark abgeschwächt. So wurde die automati-

sierte Überwachung von Autos und ihren Insass:innen ganz aufgegeben. Trotzdem müssen wir auch hier genau hinschauen: Einmal eingeführte Überwachungsinstrumente lassen sich kaum mehr zurücknehmen. Was heute zur Bekämpfung schwerer Kriminalität eingeführt wird, kann morgen gegen Klimaaktivist:innen oder Sans-Papiers eingesetzt werden. Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele, wie schnell die ursprünglich definierten Zwecke ausgehöhlt werden. Die AL warnt seit Jahren vor dieser schleichenden Normalisierung des Ausnahmezustands.

**Dilemma der Zweckbindung**

Es ist ein schmaler Grat: Wir wollen nicht, dass Menschenhändler:innen unbehelligt agieren können. Aber wir wollen auch nicht, dass die neuen digitalen Werkzeuge zur präventiven Kontrolle von Demonstrationen, zur flächendeckenden Gesichtserkennung oder zur verdeckten Überwachung politisch missliebiger Gruppen genutzt werden. Wir brauchen eine Polizei, die gezielt kontrolliert und effektiv handelt – aber auch grundrechtskonform agiert. Die Sicherheit der Bevölkerung darf nicht auf Kosten der Freiheit aller erkaufte werden. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, mehr Überwachung bedeute automatisch mehr Sicherheit. Ein Klima der Angst und Kontrolle schafft Misstrauen, schränkt den öffentlichen Diskurs ein und untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen.

**Was jetzt zu tun ist**

Die AL wird sich im Kantonsrat entschieden gegen jede Ausweitung digitaler Überwachung stellen, wenn sie unsere Grundrechte gefährdet. Wir setzen uns ein für klare gesetzliche Grundlagen mit engen Schranken, für effektive, unabhängige Kontrollmechanismen, für eine transparente Information der Öffentlichkeit sowie eine breite gesellschaftliche Diskussion über Freiheit, Sicherheit und Digitalisierung. Es ist nicht Aufgabe der Bevölkerung, sich vor der Polizei zu verstecken. Es ist Aufgabe des Staates, die Menschenrechte zu garantieren – auch und gerade in Zeiten technischer Umbrüche.

**Lisa Letnansky, AL-Kantonsrätin und Redaktionsmitglied**

# Wer sich nicht wehrt...

## Das Thema Meinungsäusserungs- und Demonstrationsfreiheit begleitet mich mein ganzes politisches und berufliches Leben.

Wo dürfen Standaktionen stattfinden? Wo beginnt der öffentliche Raum und wo endet er? Wo dürfen wir Unterschriften sammeln? Wo Flyer verteilen? Wo Mahnwachen abhalten, uns zu Kundgebungen treffen oder gemeinsam demonstrieren? Geht das mit oder ohne Bewilligung? Welche Auflagen sind einzuhalten und was darf der Spass kosten? Und was passiert, wenn wir uns nicht daran halten? Macht es einen Unterschied, ob die Aktivist:innen einen Schweizer Pass haben oder nicht? Wer wird aus welchen Gründen belangt? Diese Fragen müssen immer neu ausgejasst werden. In den Parlamenten und auf der Strasse.

## Zankapfel: Bewilligungspflicht für Demos

Als Schülerin und Studentin habe ich dazu Arbeiten und Prüfungen geschrieben. Als Anwältin und Aktivistin dann oft Fälle zu diesem Thema übernommen. Nach der 80er-Bewegung bis in die Nullerjahre haben oft Verantwortliche von PdA und POCH für Demonstrationen die Bewilligung eingeholt. Die Demos verliefen praktisch immer friedlich, doch danach hagelte es Bussen, weil irgendwelche Auflagen nicht eingehalten wurden.

Einsprachen waren meist erfolgreich. Die Stadt formalisierte das Prozedere und erstellte zahlreiche Formulare und Merkblätter. Heute gibt es in jedem Quartier einige Quadratmeter, wo mensch sogar ohne Bewilligung einen Polit-Stand aufstellen darf. Dass man fliegend Unterschriften sammeln darf, hat sich ebenfalls herumgesprochen. Pièce de résistance bleibt die Bewilligungspflicht für Demos. Wir sind schon lange der Ansicht, dass eine Anmeldung eigentlich genügt. Der Gemeinderat hat entsprechende Vorstösse überwiesen. Eine Anmeldung macht Sinn. Denn die Organisator:innen wissen oft nicht, was sonst geplant ist oder wo Baustellen und andere Hindernisse bestehen. An der letzten Demo, an der ich teilnahm, starteten wir beim Landesmuseum und folgten dann der Limmat bis zur Gemüsebrücke. Der Grund für die unüblich kurze Demo: die Frauen-EM und das Caliente-Festival ...

## Dank Anti-Chaoten-Initiative: schärfstes Polizeigesetz der Schweiz

In den seit Jahren stets gleich verlaufenden Diskussionen fokussiert alles auf die Gretchenfrage: «Wie hältst du es mit der Gewalt?» Obwohl die Gewalt bei Demos seit Jahren abgenommen hat, bewirtschaftet die SVP eifrig dieses Thema und versucht, uns als «Chaotinnen» und

«Chaoten» abzustempeln und zurückzubinden. Der Gegenvorschlag, der sich gegen ihre noch etwas radikalere Anti-Chaoten-Initiative beim Stimmvolk durchgesetzt hat, ist vom Kantonsrat im Juni in das Polizeigesetz überführt worden. Neu wäre es Gemeinden untersagt, von einer Bewilligungspflicht abzusehen. Das ist gegen die Stadt Zürich gerichtet. Zudem sollen die Verursacher:innen eines ausserordentlichen Polizeieinsatzes zur Kasse gebeten werden. Das Bundesgericht wird diese Bestimmungen auf ihre Verfassungsmässigkeit überprüfen. Eine Beschwerde ist in Vorbereitung.

## Hinschauen, wenn es andere trifft

Es ist wichtig, den Kampf gegen die Einschränkungen unserer Freiheiten auch juristisch zu führen. Das können wir delegieren. Wenn wir aber den weiteren Abbau bekämpfen oder rückgängig machen wollen, brauchen wir neue Mehrheiten. Und mehr Menschen, die den Mut aufbringen, für ihre Rechte einzustehen, auch wenn es weh tut. Und hinzuschauen, wenn es andere trifft. Im Moment sind dies in ganz Europa und auch in der Schweiz all diejenigen, die nicht bis zu uns durchgelassen werden sollen. Für diese gilt nicht einmal die Bewegungsfreiheit.

**Manuela Schiller, Rechtsanwältin**

# Ein Grab – kein Gefängnis

## «Das ist ein Grab – kein Gefängnis». Diese Worte standen auf einem kleinen Transparent, das vier Gefangene für ein Foto für die Aussenwelt hochhielten. In den Wochen zuvor waren zwei Mitgefangene gestorben.

Der erst 22-jährige Abdelmalek Merabet wurde nach einer Woche Hungerstreik tot in seiner Zelle gefunden. Kurz davor hatte sich der psychisch schwer belastete 62-jährige Ukrainer Andrii Krylov das Leben genommen. In kaum einem europäischen Land ist die Suizidrate in Gefängnissen so hoch wie in der Schweiz. Abdelmalek und Andrii starben nicht, weil sie für eine schwere Straftat inhaftiert waren. Sie starben, weil sie nicht die richtigen Papiere besaßen. Die Todesfälle ereigneten sich im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft.

Die Ausschaffungshaft ist ein absoluter Tiefpunkt unseres unmenschlichen Asylsystems. In der als Ausschaffungsgefängnis bekannten Institution beim Flughafen sind Geflüchtete teils während Monaten inhaftiert, bis sie gewaltsam ausgeschafft werden. Geprägt von totaler Perspektivlosigkeit und oft traumatischen Fluchterfahrungen, ist die psychische Gesundheit vieler Gefangener miserabel. Mindestens zwei weitere Gefangene haben in den letzten Monaten versucht, sich umzubringen. Während einer Batterien schluckte, steckte der andere seine Zelle in Brand. Mehrere Gefangene traten in einen Hungerstreik. Die Transpi-Aktion war ein letzter Hilferuf nach draussen. Dass dieser von Aktivist:innen erhört wurde und mediale Aufmerksamkeit fand, ist ein kleiner Hoffnungsschimmer.

Die wiederholten Solidaritätskundgebungen lassen hoffen, dass anhaltender öffentlicher Druck zu Verbesserungen führt. Zudem hat sich eine Gruppe gebildet, die regelmässig nach Kloten geht. Ihre Besuche geben den Gefangenen nicht nur neue Perspektiven und Unterstützung, sie bringen auch wichtige Informationen nach draussen. Im Kantonsrat hat Lisa Letnansky eine Anfrage zur Situation im Gefängnis eingereicht. Ein wichtiger Vorstoss, um den politischen Druck zu erhöhen. Trotzdem bleiben die Aussichten wenig rosig. Weil die Ausschaffungshaft das Resultat eines von den politischen Mehrheiten so gewollten, unmenschlichen Asylsystems ist. Diese Grundursache gilt es weiterhin mit allen Mitteln zu bekämpfen.

**Moritz Bögli, AL-Gemeinderat**

## Schlacht um Tempo 30



**2019 sties ein Mitte-Gemeinderat mit einer Motion die Diskussion um Tempo 30 auf Dübendorfs Quartierstrassen an. Daraufhin**

**bewilligte der Stadtrat einen Kredit für die Ausarbeitung eines flächendeckenden Tempo-30-Konzepts mit 16 Zonen. Er begründete dies damit, dass der messbar zunehmende Verkehr die Wohnquartiere zunehmend belastet.**

**Der Stadtrat hatte kurz vor Einreichung des Mitte-Vorstosses beschlossen, im Zentrum Tempo 30 einzuführen. Zwei Jahre später setzte er das Vorhaben ohne zusätzliche bauliche Massnahmen um, gleichzeitig wurde die Mehrheit der Fussgängerstreifen entfernt. Aus Sicht einer Fussgängerin kein guter Entscheid: Das Überqueren unübersichtlicher Strassenabschnitten wurde schwierig.**

**Die beiden stadträtlichen Entscheide riefen die SVP auf den Plan. Sie überzeugte die Stimmberechtigten, die geplanten 16 Tempo-30-Zonen an der Urne abzulehnen. Zweitens war sie 2023 erfolgreich mit einer Volksinitiative für eine Mitbestimmung bei Temporeduktionen (54% Ja). Unter Einbezug aller Fraktionen arbeitete der Stadtrat eine Umsetzungsvorlage aus: Künftig soll das Parlament über die Einführung von neuen Tempo-30-Zonen bestimmen. Im Gemeinderat lehnten einzig die Grünen die Umsetzungsvorlage ab. Dadurch entstand eine gehässige Verwirrung im Vorfeld der Abstimmung, welche die SVP genüsslich befeuerte. 60% sagten im vergangenen Mai Ja zur Umsetzungsvorlage.**

**Die SVP macht weiter. Sie hat bereits eine Initiative für die Wiedereinführung von Fussgängerstreifen und Tempo 50 im Zentrum angekündigt. Begründung: Fussgänger:innen sollen vor dem Verkehr geschützt werden. Um die Tempo-30-Diskussion nicht der SVP zu überlassen, mischen sich sechs Alt- und Neu-Dübendorfer:innen mit einer eigenen Initiative ein. Wir verlangen, dass die Fussgängerstreifen unter Beibehaltung der Tempo-30-Zone wieder angebracht werden.**

Judith Stofer,  
AL-Kantonsrätin

## Bildung ist ein Menschenrecht

**Ob in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, der UN-Kinderrechtskonvention oder dem UN-Sozialpakt: Überall steht verankert, dass jeder Mensch das Recht auf Bildung hat. Und dies unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Status oder Behinderung. Bei diesem globalen Ziel geht es um Chancengleichheit und Inklusion. Es geht darum, Menschen zu befähigen, an der Gesellschaft und an der Arbeitswelt teilnehmen zu können.**

Nicht überall steht es in der Schweiz um dieses Recht zum Besten. Werfen wir einen Blick auf die im September 2024 veröffentlichte Studie «Kinder und Jugendliche in der Nothilfe im Asylbereich», wird klarer Handlungsbedarf erkennbar. Die von der Eidgenössischen Migrationskommission EKM in Auftrag gegebene Untersuchung zeigt, dass von den Minderjährigen in der Nothilfe vor allem Kleinkinder und Jugendliche einem hohen Entwicklungsrisiko ausgesetzt sind.

Kleinkinder haben selten die Möglichkeit, eine Spielgruppe zu besuchen oder mit Gleichaltrigen zu spielen. In den meist abgelegenen Unterkünften gibt es, wenn überhaupt, nur spärlich bestückte Spielzimmer. Es fehlt an einer altersgerechten Anregung, was die Entwicklung behindert. Jugendliche dürfen zwar die reguläre Schulzeit absolvieren. Erhalten sie jedoch einen negativen Asylentscheid, gilt nach dem neunten Schuljahr ein Beschäftigungs- und Weiterbildungsverbot. Die Lehre muss abgebrochen werden – auch wenn mehr als die Hälfte aller Minderjährigen noch länger als ein Jahr in der Schweiz bleibt, ein Fünftel sogar über vier Jahre. Das macht weder für die Betroffenen noch für uns als Gesellschaft Sinn.

### Die Förderklassen-Initiative

Wechseln wir das Blickfeld und schauen auf unsere Regelschulen und die lokale Bildungspolitik. Der Kantonsrat hat vor kurzem die Förderklassen-Initiative zur Ausarbeitung eines Umsetzungsvorschlags an die Bildungsdirektion

überwiesen. Sie fordert, dass wieder jede Schule eine Förderklasse respektive eine Kleinklasse führen muss: ein Rückschritt in die Zeit vor der Einführung der integrativen Schule. Begründet wird die Initiative mit der Unruhe in den Schulzimmern, der steigenden Überlastung der Lehrpersonen und dem daraus resultierenden Fachkräftemangel.

Die genannten Probleme sind real, der Lösungsweg aber komplett falsch. Mit dem Abzug von Förderaktivitäten aus den Regelklassen ist das Problem nicht zu lösen. Lehrpersonen können gestärkt werden, wenn man ihnen genug Zeit für ihre Klassen gibt; kleinere Klassen und zwei ausgebildete Lehrpersonen pro Klasse wären ein gutes Rezept. Eine Verbesserung des neuen Berufsauftrags ebenso. Aber diese Lösungen werden von den bürgerlichen Parteien, welche die Förderklassen-Initiative eingereicht haben, bekämpft. Sie wollen lieber zurück zur Separation, zur Ausgrenzung.

### Separation ritzt das Grundrecht auf Bildung

Dass sich der Kanton Zürich verpflichtet hat, die Behindertenrechte im Bildungssystem besser umzusetzen, ist allen bewusst. Darum zielt die Initiative auch auf Störenfriede im Schulzimmer. Diese sollen separiert beschult werden. Nach welchen Kriterien dies geschehen soll, muss noch ausgearbeitet werden. Meiner Ansicht nach sind wir mit dieser Initiative nur einen Atemzug von einer grundrechtswidrigen Separation entfernt. Die Massnahme wird nämlich Schüler:innen treffen, die aus ärmeren oder migrantischen Familien kommen. Kinder, deren Eltern nicht die Möglichkeit haben, sich gekonnt für die Rechte ihrer Kinder einzusetzen, weil sie das Bildungssystem nicht so gut kennen oder der Sprache nicht mächtig sind.

Für uns als Alternative Liste bedeutet dies: Augen offenhalten und weiterkämpfen. Damit Grundrechte und Menschenrechte für alle gelten.

Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin



Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung (Bild: Nathan Cima / unsplash).

## Klatschen reicht nicht!



Pflegefachpersonen, Hebammen, Therapeut:innen, technische Dienste halten unser Gesundheitswesen am Laufen. Und das unter Bedingungen, die ihrer Verantwortung längst nicht mehr gerecht werden.

Während die Lebenshaltungskosten steigen, bleiben die Löhne auf dem Niveau von gestern – Teuerungsausgleich? Fehl-anzeige.

2022 beschloss der Zürcher Regierungsrat, dass die Spitäler nicht mehr an die kantonalen Lohnbedingungen gebunden sind – angeblich, um sich besser auf dem Arbeitsmarkt zu positionieren. Die Realität: Drei Jahre in Folge wurde beim Personal gespart. Statt Attraktivität herrschen Frust, Wut und Kündigungen.

2025 erhalten die Angestellten am USZ lediglich 0.5% der vorgesehenen 1.1% Teuerungsausgleich. Am KSW, in der PUK und bei der IPW gibt es gar keinen – 0.0%. Das bedeutet für die Mitarbeitenden eine Reallohnkürzung. Und das in einer Zeit, in der der Fachkräftemangel beson-

ders gravierend ist.

2400 Beschäftigte protestierten gemeinsam mit dem VPOD und Berufsverbänden – ohne Erfolg. Die Weigerung, die Teuerung auszugleichen, ist ein fatales Signal: Wer dringend Fachkräfte sucht, kann sie nicht gleichzeitig entwerfen.

Die AL hat – gemeinsam mit der SP und in enger Zusammenarbeit mit SBK und VPOD – im Kantonsrat vier parlamentarische Initiativen eingereicht, je eine pro Kantonsspital. Ziel: die Rückkehr zur vollen kantonalen Teuerungszulage – für alle Berufsgruppen. Wir sind überzeugt, dass faire Arbeitsbedingungen die Grundlage einer funktionierenden Gesundheitsversorgung sind. Die Vorstösse schaffen die Basis für verbindliche, faire und nachvollziehbare Löhne.

Wer stets laut nach freiem Markt ruft, kann nicht einfach die Spielregeln ändern, wenn es unbequem wird. Teuerung ausklammern, Temporärstellen deckeln – das ist Lohnpolitik mit doppelten Standards.

Jetzt liegt der Ball beim Parlament – und diesmal zählt nicht das Klatschen, sondern das Abstimmen.

**Gianna Berger,**  
**AL-Kantonsrätin**

## Reparieren statt wegwerfen



Am 11. Juni 2025 diskutierte der Gemeinderat erneut über unseren Umgang mit Dingen, die scheinbar ausgedient haben. Nach den epischen Debatten über die Entsorgungscoupons ging es dies-

mal um ein drei- bis fünfjähriges Pilotprojekt zur Reparaturförderung. Alle Stadtzürcher:innen erhalten jährlich einen Reparaturbon im Wert von bis zu 100 Franken. Bei einer Reparatur müssen sie nur die Hälfte der Kosten übernehmen – sofern diese unter 200 Franken liegen. Anfangs gilt das Angebot für Elektrogeräte, Textilien und Schuhe. Später sollen je nach Projektverlauf weitere Warengruppen wie Möbel dazukommen. Eine städtische Online-Plattform listet alle teilnehmenden Reparaturbetriebe.

Weil der Stadtrat ein Pilotprojekt

beantragte, liess die Weisung in zahlreichen Punkten Spielraum – was von bürgerlicher Seite kritisiert wurde, die Weisung selbst sei auch ein Pilotprojekt. In der Kommission konnten wir wichtige Punkte klären, etwa zu den teilnahmeberechtigten Betrieben. Wir konnten so einbringen, dass insbesondere auch Reparaturwerkstätten von karitativen und Care-Kultur-Organisationen auf der Plattform vertreten sein werden. Ein kleiner Beitrag dazu, auch diese Betriebe als Gewerbe ernstzunehmen.

Gespannt sind wir, ob es den Verantwortlichen gelingt, das Pilotprojekt so zu kommunizieren, dass die Schneiderin im Niederdorf und der Schuhmacher im Center Eleven ab Anfang 2026 auf der Plattform präsent sein werden – und wir alle dafür sensibilisiert, unsere Schuhe neu zu besohlen anstatt in den blauen Sack zu stecken.

**Christian Häberli,**  
**AL-Gemeinderat**

## Unbequem & links

**16. April:** Regierungsrat setzt Postulat 19/2025 von Lisa Letnansky um und beantragt die Auszahlung von Solidaritätsbeiträgen an die Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981.

**4. Juni:** Gestützt auf die Motion 2022/489 von Moritz Bögli (AL) und Luca Maggi (Grüne) beschliesst das Stadtparlament eine Anpassung der städtischen Polizeiverordnung, wonach die Teilnahme an unbewilligten Demonstrationen künftig ohne Busse bleibt.

**4. Juni:** Tanja Maag insistiert in einer Fraktionserklärung darauf, dass beim «Programm Stärkung Pflege» zwingend auch die unteren Funktionsstufen und das Hotellerie-Personal in der Pflege berücksichtigt werden.

**23. Juni:** Die AL-Motion 295/2024 zur Abschaffung des Langzeitgymis bleibt im Kantonsrat chancenlos, nur die SP-Fraktion stimmt dafür.

**25. Juni:** Tanja Maag und Luca Maggi (Grüne) verlangen mit Anfrage 2025/268 Auskunft vom Stadtrat zur Situation und den Aufenthaltsbedingungen in der durch die AOZ betriebenen Kollektivunterkunft Triemli.

**30. Juni:** Die parlamentarische Initiative 173/2025 der AL für eine gerechtere Dividendenbesteuerung findet wegen zwei fehlenden Stimmen keine vorläufige Unterstützung im Kantonsrat.

**7. Juli:** AL-Kantonsrätin Gianna Berger reicht gemeinsam mit SP, Grünen und EVP vier parlamentarische Initiativen für eine verbindliche Regelung der Teuerungszulagen in den Kantonsspitalern ein.

**9. Juli:** Eine Mitte-Links-Koalition unter Einbezug von GLP und EVP reicht im Gemeinderat die von der AL initiierte Behördeninitiative für eine Verdoppelung der kantonalen Wohnbauförderungs-Darlehen auf 360 Millionen Franken ein.

**9. Juli:** Gemeinderat überweist mit 80 zu 31 Stimmen das dringliche Postulat 2025/219 von Grünen, AL und SP für einen raschen und substanziellen Beitrag zur Linderung der Not der Bevölkerung in Gaza.

## Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

## Fakten statt Lärm



Mit 71.6% sagte das Stimmvolk 2018 deutlich «Nein zum Sendeschluss!». Die Abfuhr für die NoBillag-Initiative war ein klares Bekenntnis zum

medialen Service Public in der Schweiz. Leider folgte darauf nicht die notwendige sachliche Debatte über die Ausgestaltung eines zukunftsfähigen medialen Service Public. Und statt einem Aufblühen folgte bei SRG SSR Sparrunde auf Sparrunde; die Verleger intensivierten ihre Kritik und im Hinterzimmer wurde die nächste Abschaffungsinitiative konzipiert.

Das einzige von politischen und wirtschaftlichen Interessen unabhängige nationale Medienhaus, das die Schweiz zuverlässig mit Information, Bildung, Unterhaltung und Kultur versorgt, steht unter Dauerbeschuss. Der Sendeschluss ist erneut eine reale Gefahr!

Nächstes Jahr stimmen wir über die «Halbierungsinitiative» ab. Sie will der SRG SSR die Hälfte der Mittel entziehen – ein Angriff auf ihren öffentlichen Auftrag und ihre Existenz. Unabhängig vom Abstimmungsausgang ist bereits grosser Schaden angerichtet. Unter Federführung von Medienminister Albert Rösli (Mitglied im Initiativkomitee!) wurden der SRG SSR per Verordnung 17% der Mittel gestrichen. Zahlreiche Sendungen und Formate wurden abgesetzt, weitere folgen und die Sendeanstalt wird radikal umgebaut. Das erfolgt nicht freiwillig, sondern als Folge politischer Entscheide.

Erstaunlich still bleibt es bei diesem Thema in den privaten Medien. Die Grossverleger glauben, eine schwache SRG SSR stärke sie selbst, und berichten kaum über den politischen Angriff auf die mediale Grundversorgung. Dabei zeigen internationale Beispiele: Wird der öffentliche Rundfunk geschwächt, gewinnen soziale Medien als Informationsquelle an Einfluss – und damit auch Falsch- und gezielte Desinformation. Das ist gefährlich, gerade in einer geopolitisch instabilen Welt.

Was die Menschen in der Schweiz aber jetzt und auch in Zukunft brauchen, sind Fakten und nicht noch mehr Lärm.

Melanie Berner,  
Alt-Kantonsrätin AL

## Die Grundrechte und die «Sans-Papiers»

«Sans-Papiers» ist ein irreführender Begriff. Eine peruanische Ärztin beispielsweise besitzt sehr wohl Papiere – einen peruanischen Pass, ein Arztdiplom der Universität von Lima. Was ihr fehlt, ist eine Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz – und damit der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt. Nachdem das Universitätsspital Lima ihren Lohn von 300 \$ monatelang nicht ausbezahlt hatte, entschloss sich ihre Familie, ihr ein Einfahticket nach Zürich zu finanzieren. Sie hatte die besten Chancen, im Ausland über die Runden zu kommen. Heute arbeitet sie in der Schweiz als Reinigungskraft für rund 1800 CHF pro Monat – ein Einkommen, mit dem sie nach Abzug der Lebenshaltungskosten mehr nach Hause schicken kann, als sie in Lima verdient hat. Der Fall ist kein Einzelfall: Viele Sans-Papiers sind gut ausgebildet.

Sans-Papiers leben seit mehr als drei Monaten in der Schweiz – im Gegensatz zu Tourist:innen. Sie überleben nur, wenn sie schwarz arbeiten. Der Zugang zu Sozialversicherungen ist mit hohen Hürden verbunden. Sie wohnen ohne Anmeldung klandestin, ohne Anschrift am Briefkasten. Werden sie polizeilich kontrolliert – zufällig oder nach Denunziation – sind sie spätestens nach einer Woche ausgeschafft. Zugang zur Justiz, etwa nach Lohnbetrug oder körperlichen Übergriffen, haben sie nicht. Eine Anzeige würde zur sofortigen Ausweisung führen – lange bevor der Täter überhaupt einvernommen wird.

### Und doch: sie haben Rechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Art. 25, UNO, 1948) garantiert das Recht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohl gewährleistet.

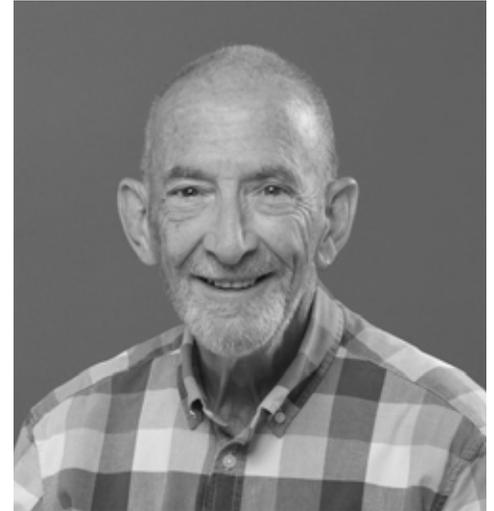
Der UNO-Sozialpakt I von 1966 – von der Schweiz 1992 ratifiziert – garantiert wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Die Bundesverfassung (Art. 41) zählt grundlegende soziale Rechte auf – allerdings sind diese mangels Verfassungsgericht nicht einklagbar.

Sans-Papiers müssen (nicht dürfen!) eine Krankenversicherung abschliessen. Sie müssen ihre Kinder zur Schule schicken. Sie dürfen AHV-Beiträge leisten, oder jemanden mit Aufenthaltsbewilligung oder Schweizer Pass heiraten.

### Doch diese Rechte stehen auf den Spiel

Ein aktueller Vorstoss aus dem Bundesparlament (Motion 24.309 der SVP)



David Winizki war Mit-Begründer der Sans-Papier Anlaufstelle Zürich (SPAZ) und Berater der Anlaufstelle Meditrina.

fordert: «Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, dass sämtliche relevante Daten von illegalen Migranten betreffend Aufenthaltsstatus, Wohnort, Versicherungsstatus, Prämienzahlungen, Prämienvergünstigungen, Versicherungsleistungen von Krankenkassen, AHV, IV und weiteren Sozialversicherungen ausgetauscht und abgeglichen werden. Um die Anwesenheit von illegalen Migranten in der Schweiz dauerhaft zu bekämpfen [...] muss der Datenaustausch [...] systematisiert werden.»

Die Motion wurde sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat überwiesen. Wird sie vom Bundesrat umgesetzt, drohen – ohne ein erfolgreiches Referendum – Zustände wie unter der Trump-Regierung in den USA: systematische Überwachung, Entrechtung und Abschiebung von Menschen, deren einzige «Schuld» darin besteht, in Not hierhergekommen zu sein – ohne Aufenthaltsbewilligung.

David Winizki,  
Arzt und AL-Aktivist

*«Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.»*

Bertold Brecht,  
Flüchtlingsgespräche